

**OA** organisierte  
autonomie  
zürich ★

POSITIONSPAPIER  
07. JULI 2022



FÜR DIE AUTONOME ORGANISIERUNG  
IM KAMPF UM EINE BEFREITE GESELLSCHAFT





# 1.0 AUTONOME KOMMUNIST:INNEN?

## 1.1 UNSERE KLASSE

Wir sind Teil der Arbeiter:innenklasse. Das sagt noch nicht viel über uns aus, nur dies: Wir gehören nicht zu denjenigen Menschen, die Produktionsmittel und Kapital besitzen. Wir lassen niemanden für uns arbeiten, um den Mehrwert einzustecken, der durch den Verkauf der Waren entsteht. Wir haben darum auch kein unmittelbares Interesse an der Profitsteigerung. Wir müssen unsere Arbeitskraft verkaufen, genauso wie es die Mehrheit der Weltbevölkerung tun muss.

Die marxistische Kategorie «Klasse» ist grundlegend für unser Verständnis von Gesellschaft und damit auch für unsere Politik. Während die soziologischen Begriffe «Milieu» oder «Schicht» die sozialen Unterschiede nur beschreiben, verweist der Klassenbegriff auf ein ökonomisches sowie soziales Verhältnis von Ungleichheit zwischen den Klassen und lädt dieses politisch auf. Das Klassenverhältnis entsteht im Kapitalismus durch den Interessengegensatz zwischen den Kapitalist:innen und den Lohnabhängigen. Die marxistische Analyse benennt die Ausbeutung als zentrales Element des Kapitalismus. Der Klassenkampf zwischen Kapitalist:innen und Arbeiter:innen ist diejenige Dynamik, welche die sozialen Beziehungen und Ungleichheiten im Kapitalismus formt und verändert – und somit die Möglichkeit der Revolution in sich trägt. «Klasse» ist damit eine strategische und potentiell revolutionäre Kategorie. Das Zentrum unseres Interesses sind Kämpfe von

Proletarisierten. In unseren Augen ist die politische Linke nur oppositionsfähig, wenn sie dezidiert klassenkämpferisch agiert. Der Klassenkampf findet nämlich sowieso statt, weil ihn die Besitzenden «von oben» immerzu führen, natürlich ohne ihn als solchen zu bezeichnen.

Wir richten unser politisches Handeln an einem materialistischen und historischen Blick auf die Gesellschaft aus. Wir erfassen das menschliche Zusammenleben ausgehend von Eigentumsverhältnissen sowie von der Art der Produktion und Reproduktion. Hinsichtlich der Analyse sozialer und ökonomischer Entwicklungen, Veränderungen und Ausdifferenzierungen gehen wir davon aus, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse historisch gewachsen und darum auch veränderbar sind.

Die Weltarbeiter:innenklasse ist nicht homogen, sondern vielgestaltig und widerspruchsvoll. Das globale Proletariat umfasst unter anderem Arbeiter:innen verschiedener Industrien, Arbeitslose, Migrant:innen, Mütter, Scheinselbständige, Prekarierte, aber auch Kleinbäuer:innen, Landlose und Menschen, die in sklavenähnlichen Verhältnissen leben und arbeiten. So unterschiedlich die Lebensrealitäten der Arbeiter:innen sein können; so unterschiedlich sind auch ihre Kämpfe. In unseren Bestrebungen, die Selbstorganisation der Arbeiter:innen zu stärken, ist es uns wichtig, nicht schablonenhaft vorzugehen, sondern die Weltarbeiter:innenklasse differenziert zu analysieren. Hierfür orientieren wir uns an der operaitischen Methode der Klassenzusammensetzung.

Ebenfalls in Anlehnung an den Operaismus und den autonomen Marxismus wenden wir uns dagegen, die Arbeiter:innen als passives Anhängsel der kapitalistischen Entwicklung aufzufassen. Im Gegenteil muss das Kapital immer wieder neu auf die verschiedenen Formen des individuellen und kollektiven proletarischen Widerstands reagieren. Dadurch entstehen unter anderem neue Formen der kapitalistischen Arbeitsorganisation oder der staatlichen Sozialpolitik. Die Kämpfe der proletarisierten Menschen auf der ganzen Welt beeinflussen damit die Entwicklungen der Produktionsweise und prägen die Krisen des Kapitalismus entscheidend mit. Uns interessieren Arbeits- und andere Klassenkämpfe jedoch nicht primär, weil damit punktuelle Verbesserungen erreicht werden können, sondern weil wir die Aufteilung der Menschheit in soziale Klassen beenden wollen. Um die Klassengesellschaft hinter uns zu lassen, müssen die Produktionsmittel vergesellschaftet und in eine kollektive und basisdemokratische Bedürfnisproduktion überführt werden. Nur die Klasse der Arbeiter:innen kann diesen revolutionären Prozess in Gang setzen, ausgestalten und ihn gegen die Macht der besitzenden Klasse durchsetzen.

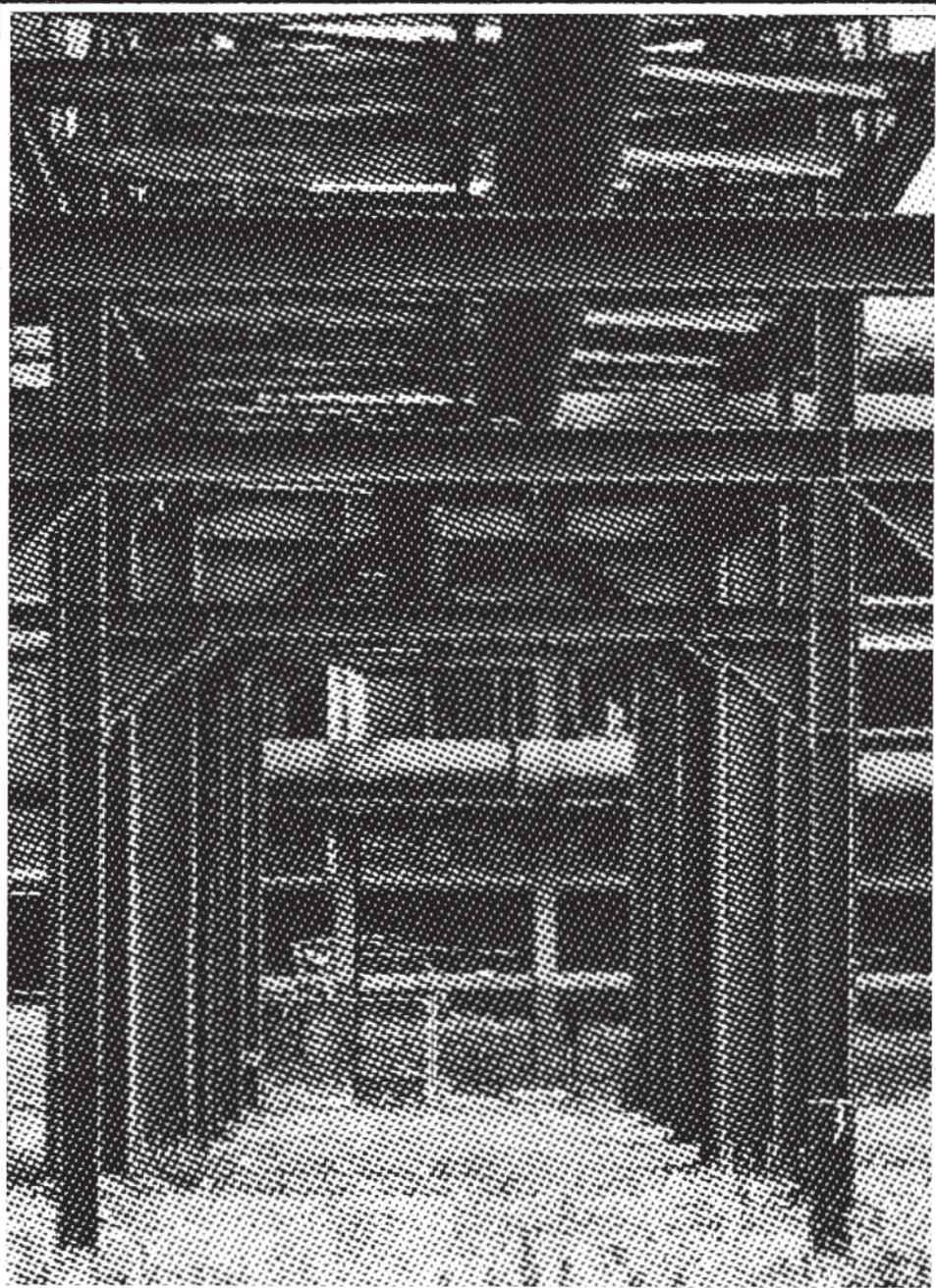
Der Klassenbegriff ist keine rein ökonomische Grösse. Er umfasst neben der Frage nach Produktionsverhältnissen, Eigentum und Verteilung auch Fragen nach politischer Repräsentation und kultureller Hegemonie. Deswegen weisen wir die Gegenüberstellung von «Klassenpolitik» und «Identitätspolitik» zurück, die in linken Strategiediskussionen manchmal auftaucht. Der Klassenbegriff eignet sich als Werkzeug, um verschiedene Formen von

Unterdrückung und ihre Funktion im Kapitalismus zu verstehen. Es geht also nicht darum, verschiedene Arten der Unterdrückung als unterschiedlich wichtig zu bewerten, sondern darum, dass Emanzipation in einer Klassengesellschaft nicht ausserhalb von Klassenverhältnissen verhandelt werden kann.

## 1.2 DER STAAT DES KAPITALS

Der Staat ist eine notwendige Rahmenbedingung für das Funktionieren des Kapitalismus und wird durch diesen hervorgebracht. Die herrschende Klasse ist in konkurrierende und sich bekämpfende Kapitalinteressen aufgeteilt. Obwohl die unterschiedlichen Kapitalfraktionen (beispielsweise die verarbeitende Industrie oder Teile des Finanzsystems) direkten Einfluss auf die Staatsgeschäfte nehmen, ist ihnen in der Regel kein umfassender Zugang zum staatlichen Machtapparat gewährt. Die Dominanz einzelner Kapitalfraktionen im Staat würde zwangsläufig dem Gesamtinteresse des Kapitals nach einer funktionierenden Marktsituation zuwiderlaufen. Die Aufgabe des Staates ist es also, die kapitalistischen Verhältnisse aufrechtzuerhalten. Der Staat ist nicht der direkte Ausdruck einer bestimmten Gruppe von Kapitalist:innen, vielmehr ist er ein Ausdruck der objektiven Verhältnisse.

Nur wenn der Staat auf einer intakten nationalen Wirtschaft beruht und genügend Einnahmen eintreiben kann, ist eine stabile Staatsordnung gegeben. Um dies zu gewährleisten, ist dem Staat viel an guten Bedingungen für das Kapital gelegen, etwa durch Anreize zur Ansiedelung neuer Unternehmen mittels günstiger Steuerpolitik oder durch die



## Liberalisierung des Arbeitsrechts.

Der Staat sorgt im Kapitalismus für formelle Gleichheit und Freiheit in der Marktsituation. Gleichzeitig führt der Kapitalismus zu grosser materieller Ungleichheit und zum Zwang zur Arbeit. Wer überleben will, ist gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Die bürgerlich-liberale Idee von «Freiheit» geht mit struktureller Gewalt, Ungleichheit, Zwängen und Hierarchien einher und steht in krassem Widerspruch zu einer emanzipatorischen Freiheit, wie wir sie erkämpfen wollen.

Als «ideeller Gesamtkapitalist» ist der Staat immer Teil des Klassenkampfes von oben und nimmt darin unterschiedliche Rollen ein. Die Sozialpolitik des Staates, die durchaus das Resultat von sozialen Kämpfen ist, hat gleichzeitig auch die Aufgabe, gesellschaftliche Missstände abzuschwächen und soziale Bewegungen oder Arbeitskämpfe in kontrollierbare Bahnen zu lenken. Der Justizapparat und die polizeiliche Repression setzen die Aufrechterhaltung der Eigentumsverhältnisse durch. Selbstverständlich werden dabei auch repressive Mittel angewandt, insbesondere gegen jene Elemente, welche nicht vereinbart werden können und die einen grundsätzlichen Antagonismus zur herrschenden Ordnung aufrechterhalten. Gleichzeitig legt der Staat durch Arbeitsgesetze den Rahmen für das Kapital fest. Auf der einen Seite stellt er sicher, dass Gewinne nicht gemindert werden. Auf der anderen Seite muss er auch der allzu destruktiven Ausbeutung von Menschen und Umwelt entgegenwirken, da dies die langfristige Reproduktion des Kapitals gefährden würde.

Der Klassencharakter des bürgerlichen Staates zeigt sich insbesondere auch auf der ideologischen Ebene. Leistungsdruck, Arbeitsethos, Konkurrenz, Individualismus, Profitstreben, Nationalismus und rassistische sowie patriarchale Strukturen sind Ausdruck der bürgerlichen Ideologie. Wir wachsen in dieser Gesellschaft auf und verinnerlichen ihre Denkformen. Das Herrschaftswissen durchdringt alle Lebensbereiche und Diskurse, es formt unser Weltbild und unsere Vorstellungskraft. Die Legitimierung bürgerlicher Ideale geschieht subtil durch die kulturelle Sozialisation. Bisweilen tritt sie aber auch ziemlich offensichtlich zu Tage, beispielsweise im Bildungswesen, in den bürgerlichen Medien oder im Justizwesen.

### 1.3 AUTONOME KOMMUNISTISCHE PRAXIS

Klassenkämpfe bilden den strategischen Rahmen, in welchem der Aufbau von Gegenmacht möglich wird und wir unsere Ziele voranbringen können. Der Staat und das Kapital bieten uns parlamentarische und legalistische Gefässe der Mitbestimmung an. Diese haben jedoch immer die Integration von Widerständen zum Ziel, weshalb wir diese Mittel nicht nutzen. In unserer politischen Praxis suchen wir nach eigenen Formen des Widerstandes, welche die bürgerliche Demokratie je nach momentaner Stärke unserer Bewegung umgehen oder sogar untergraben. Wichtig ist es uns dabei, stets eine Bruchposition zum bürgerlichen Staat sowie zum Kapital einzunehmen und zu propagieren.

Wir haben keinerlei Ambitionen, die Macht im Staat zu übernehmen. Neue Formen von

Staatskommunismus weisen wir als Fehleinschätzung von gesellschaftlichen Befreiungsprozessen zurück. Wenn sich Macht und Wissen auf einzelne Stellen oder Personen konzentriert, entsteht Willkür, was soziale Kämpfe hemmt. Die Revolution kann nicht von einer einzelnen Partei und schon gar nicht von einer bestimmten Parteileitung herbeigeführt werden. Wir lehnen sowohl den Geschichtsdeterminismus als auch die Avantgardepolitik ab, an denen sich viele kommunistische Parteien und Organisationen orientieren. Revolutionäre Prozesse sind dann erfolgversprechend, wenn sie in Selbstorganisation in Gang gesetzt, ausgestaltet und verteidigt werden.

Wir halten das Konzept einer einzelnen Organisation, welche die Gesamtheit der sozialen Kämpfe organisieren oder gar anführen soll, für historisch widerlegt und untauglich. Wir gehen davon aus, dass zukünftige revolutionäre Situationen von einer Vielfalt von Basisnetzwerken, Räten, Gewerkschaften, politischen Strömungen und politischen Organisationen geprägt werden. Revolutionäre Gruppen und Organisationen sollten ihre Energie nicht darauf verwenden, gegeneinander um Einfluss zu ringen, sondern sie müssen gemeinsam agieren. Diese Überzeugung widerspiegelt sich in unseren Organisationsformen und in unserem Verhältnis zu anderen revolutionären und proletarischen Kräften. Durch gemeinsame Organisations- und Kampferfahrungen können wir uns vernetzen und voneinander lernen.

Diese Erkenntnisse bestimmen auch unser Verhältnis zu den sozialpartnerschaftlich agierenden Gewerkschaften. Zivilgesell-

schaftliche und gewerkschaftliche Organisation sowie soziale und politische Errungenschaften sind Ausdruck der Klassenkämpfe. Wir lehnen es ab, uns von Funktionär:innen vertreten zu lassen oder selbst als Funktionär:innen andere kämpfende Subjekte zu vertreten. Wir verfolgen nicht die Strategie, staatstragende Apparate und zivilgesellschaftliche Organisationen zu übernehmen. Im Feld des Arbeitskampfes wollen wir ein taktisches Verhältnis zu den Führungen staatstragender Gewerkschaften und ihren Zielen beibehalten, um uns nicht vereinnahmen zu lassen.

Damit revolutionäre Optionen überhaupt entstehen, müssen grosse Massen von Menschen eine gesellschaftliche Neugestaltung wollen. Da das Sein das Bewusstsein bestimmt, ist dieser Weg weniger der Weg der Aufklärung, als vielmehr der Weg des gemeinsamen Kampfs. So bilden sich gemeinsame Interessen und ein Bewusstsein für die eigene Klassenlage heraus. Gerade weil wir in der Arbeit in Parlamenten kein Potential sehen, sind für uns die Auseinandersetzung in den Betrieben, auf der Strasse, in den Haushalten und in den Stadtteilen wesentliche Elemente proletarischer Gegenmacht. Wir fragen den Staat dabei nicht um Erlaubnis und widersetzen uns seinen Institutionen. In sozialen Kämpfen und mit dem Aufbau von Gegenmacht gewinnen wir Räume, in denen wir uns verändern können und in denen neue Wege denkbar werden.

Wir wurden alle in diesem System sozialisiert und können unser Denken nicht auf Knopfdruck ändern. Darum muss die revolutionäre Bewegung dafür sorgen, dass sie bürgerliche,

autoritäre, rassistische, patriarchale und heteronormative Denkformen und Strukturen möglichst wenig reproduziert. In der organisierten Autonomie Zürich entwickeln wir darum Formen der Zusammenarbeit, welche sowohl Hierarchien als auch geschlechtsspezifische und rassistische Mechanismen reflektieren und diesen entgegenwirken. Wir orientieren uns an Arbeitsweisen, die Leitungsstrukturen und Repräsentationsformen ermöglichen, ohne dass daraus umfassende Führungsansprüche erwachsen.

Die Hegemonie des Kapitalismus ist keineswegs statisch, vielmehr muss sie sich immer wieder erneuern und anpassen. Der Kapitalismus manifestiert sich in allen Bereichen des Lebens und Arbeitens, und kann somit auch überall angegriffen werden. Wir interessieren uns darum nicht nur für in ferner Zukunft liegende revolutionäre Situationen, sondern sind Teil aktueller Kämpfe. In unserem politischen Alltag versuchen wir den kleinteiligen Aufbau von Gegenmacht und die schrittweise Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Weltarbeiter:innenklasse voranzubringen. Auseinandersetzungen, wie diejenigen um Wohnraum, Löhne, Bewegungsfreiheit oder gegen geschlechtsspezifische und rassistische Diskriminierung, sind Ausdruck von Interessenkonflikten zwischen den Klassen.

#### **1.4 HIN ZU EINER BEFREITEN GESELLSCHAFT!**

Aus unserer Sicht ist es nicht möglich, ein detailliertes Konzept einer klassenlosen Gesellschaft zu entwerfen, ob wir sie nun Kommunismus oder Anarchie nennen. Wir können nicht durch reine Kopfarbeit aus dem Status

Quo herauspringen. Im Gegenteil, die nächsten Schritte im revolutionären Prozess ergeben sich immer nur aus den Kämpfen und den spezifischen Erfahrungen. Die revolutionäre Bewegung schafft sich diejenigen gesellschaftlichen Formen, die sie braucht. Revolutionäre Kämpfe finden aber nicht in einer fernen Zukunft statt, sondern gestern, heute und morgen. Deshalb können wir zentrale Kriterien einer befreiten Gesellschaft auch zum jetzigen Zeitpunkt verhandeln. Wir halten das für wichtig, um den Blick auf unsere Ziele zu schärfen.

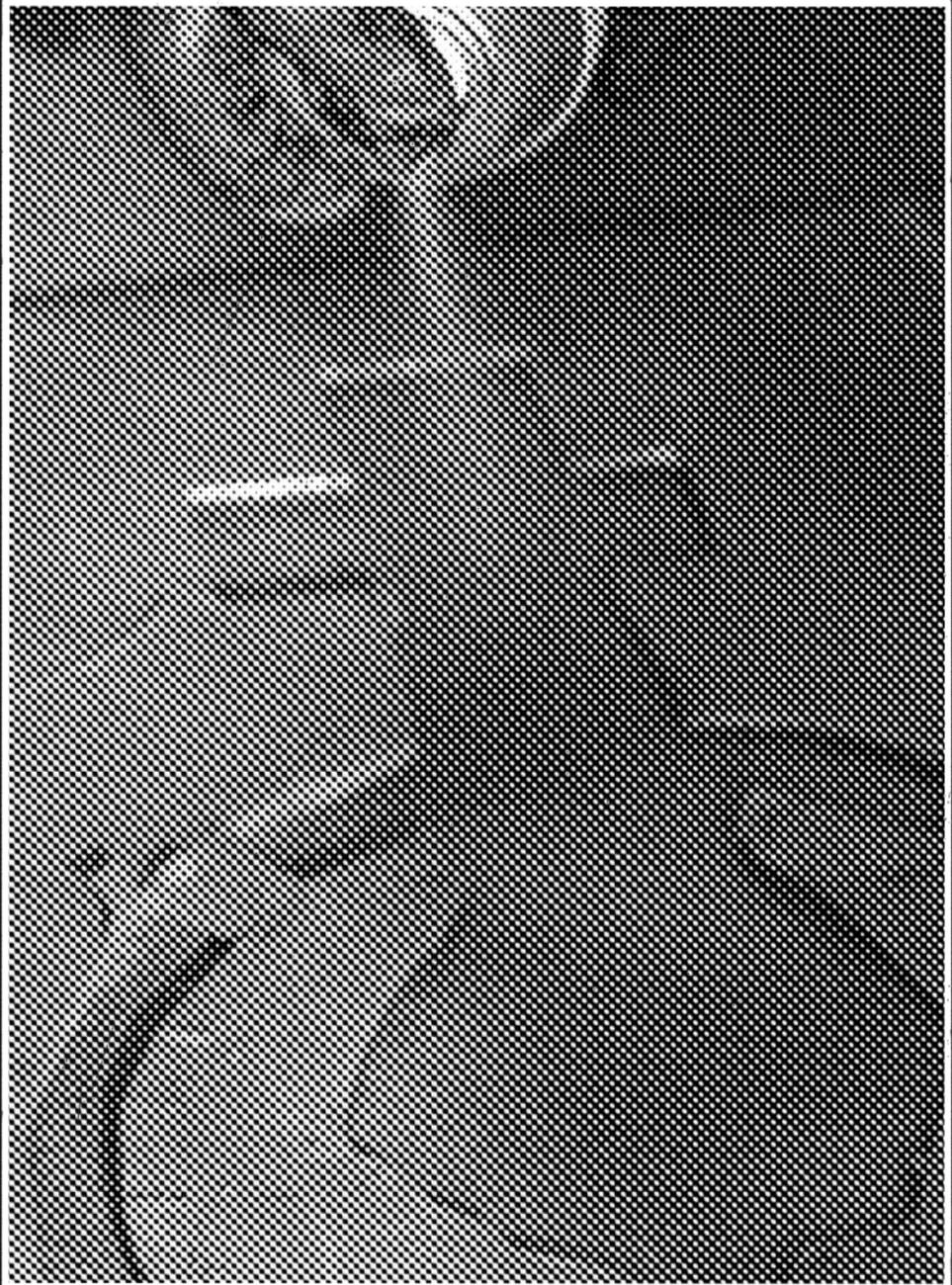
In einer befreiten Gesellschaft gehören die Produktionsmittel nicht mehr einzelnen Kapitalist:innen, sondern die Produktion wird kollektiv organisiert. In einer bedarfsorientierten Ökonomie braucht es kein Geld und keine Lohnarbeit mehr. Wenn die Menschen die Produktion gemeinschaftlich planen und koordinieren, sind solche Vermittlungsformen unnötig. Wir werden in der befreiten Gesellschaft zudem viel weniger arbeiten müssen. Wenn Banken, Versicherungen, Anwaltskanzleien, Polizei und Militär, die Werbeindustrie, die Parallelproduktion in der Konkurrenz des Marktes und die Ressourcenverschwendung wegfallen, werden die Befriedigung der Bedürfnisse und die Organisation des Zusammenlebens viel weniger zu tun geben. Unausweichliche Tätigkeiten, wie Kanalreinigung oder die Wartung der vom Kapitalismus hinterlassenen Atomülllager, müssen gerecht unter allen Menschen aufgeteilt werden. Es wird somit auch keine Berufe mehr geben, sondern eine Vielfalt an wechselnden Tätigkeiten nach Massgabe der individuellen Bedürfnisse, Interessen und Fähigkeiten.

Wie auch immer die Verwaltung in der klassenlosen Gesellschaft aussieht, sie kann nur auf der Basis einer breiten gesellschaftlichen Übereinkunft existieren. Wenn der Klassen Gegensatz und die allgemeine Konkurrenz wegfallen, besteht auch keine Notwendigkeit umfassender institutioneller Gewalt mehr. Der Staat im Sinne einer Nationalstaatlichkeit ist zu hundert Prozent mit dem Kapitalismus verbunden, deshalb wollen wir seine Abschaffung. Das Rätssystem, das wir an seine Stelle setzen wollen, wird aber bei aller Ablehnung von Hierarchien nicht ohne zentrale Koordinationsstellen mit Verfügungsgewalt auskommen. Basisverwaltungen sollen bei möglichst vielen Fragen autonom entscheiden können, bei Fragen von überregionaler Bedeutung jedoch anderen Räten unterstellt sein, deren Politik sie wiederum durch Delegierte mit imperativem Mandat mitgestalten.

Im Anschluss an die Operaist:innen betrachten wir Technologie grundsätzlich als nicht neutral, sondern als in besonderem Masse politisch. Technik in den Händen der Bourgeoisie ist ein Herrschaftsinstrument und wird entlang der Profitmaximierung und des Militarismus entwickelt und organisiert. In einer befreiten Gesellschaft können wir die im Kapitalismus entwickelte Technologie darum nicht einfach für unsere Zwecke übernehmen, sondern müssen sie radikal umgestalten. Das heisst, wir können nicht einfach eine rote Fahne auf den Fabriken und Internetservern hissen, sondern wir müssen Produktionsstätten und Kommunikationstechnologien entwickeln, die ein angenehmes Leben und die umfassende Kollektivierung des Wissens ermöglichen.

Zur kollektiven Gestaltung der gesellschaft-

lichen Produktion gehören auch ein rationaler und vorausschauender Umgang mit den natürlichen Ressourcen, eine umfassende medizinische Versorgung, reichhaltige Bildung und Kultur, solidarische Formen des Zusammenlebens und insgesamt eine freie Entfaltung der Persönlichkeit für alle.



## 2.0 EINIGE KAMPF- FELDER DER ORGANI- SIERTEN AUTONOMIE ZUERICH

### 2.1 MATERIALISTISCHER FEMINISMUS UND ANTI- PATRIARCHALE KÄMPFE

#### Feministische Selbstorganisation

Um den revolutionären Kampf voranzutreiben und weiterzuentwickeln, erachten wir es als sinnvoll, politische Räume für proletarische Frauen und weitere unterdrückte Geschlechtsidentitäten zu schaffen. Zudem ist es unser Ziel, männerdominierte Strukturen und Gewohnheiten zu durchbrechen. An Orten und Anlässen an denen Frauen und genderqueere Personen unter sich sind, entsteht eine Dynamik des Ausprobierens, der Selbstermächtigung und der Solidarität. FLINTAQ-Räume dienen der Politisierung und Organisation: Geteilte Unterdrückungserfahrungen führen zu besonderen Widerstandsmomenten, in denen Verbundenheit und Kraft spürbar werden. Auch innerhalb der Organisierten Autonomie Zürich wollen wir eine feministische Selbstorganisation aufbauen, um geschlechtsspezifische Auseinandersetzungen zu stärken. Es gibt jedoch auch antipatriarchale Kämpfe, die wir gemeinsam mit unseren cis-männlichen Genossen führen. Die Frage der geschlechtergetrennten Organisationsform, also wann und warum es Sinn macht, geschlechtergetrennte Kämpfe zu führen, wollen wir immer wieder neu diskutieren.

Die patriarchale Unterdrückung hat verschie-

dene Facetten und entsprechend sind unsere Kampffelder vielseitig: Wir kämpfen gegen geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und feminisierte Arbeit, gegen die Ausbeutung von Frauen und Queers. Aber auch gegen Alltagssexismus und sexualisierte Gewalt, gegen Geschlechterbinarität und heteronormative Kernfamilie, gegen Transfeindlichkeit, Homofeindlichkeit, für reproduktive Selbstbestimmung. Kurz: Wir kämpfen für eine nicht-patriarchale, befreite Gesellschaft.

Es ist wichtig, gemeinsame Nenner in antipatriarchalen Kämpfen zu finden und die vielfältigen Kämpfe von Frauen und weiteren Geschlechtsidentitäten miteinander zu verbinden. Je nach Kampffeld ist es uns jedoch auch ein Anliegen, mit einem bestimmten Subjekt zu agieren – beispielsweise mit demjenigen der Frau, wenn es um das Recht auf Abtreibung geht. Natürlich sind auch andere Geschlechtsidentitäten von Abtreibungsverboten betroffen, jedoch ist die Politik in dieser Frage in erster Linie – historisch wie aktuell – spezifisch frauenfeindlich aufgeladen. Feminizide sind ein weiteres Beispiel für ein Kampffeld, wo wir explizit Frauen (trans und cis) benennen. Wenn es jedoch um Raumpolitik geht, sei es an einer Demo, an einer Veranstaltung oder an einer Party, adressieren wir FLINTAQ-Personen, da feministische Räume allen Geschlechtsidentitäten offenstehen sollen, die von patriarchalen Strukturen betroffen sind.

#### Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Kleinfamilie

Zur kapitalistischen Gesellschaft gehört die geschlechtsspezifische Aufteilung der Arbeit und die Trennung in weibliche und männliche

Sphären des Sozialen. Bei der Durchsetzung des Kapitalismus wurden bereits bestehende Herrschaftsideologien genutzt, um die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu legitimieren. Gleichzeitig mit der Entstehung der kapitalistischen Organisation der Gesellschaft erfuhren somit auch die Geschlechterverhältnisse eine starke Veränderung. Der gesellschaftlichen Produktion in den Fabriken stand eine in den privaten Haushalt verdrängte Reproduktion gegenüber, welche den Frauen zugewiesen wurde. Damit die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft – speziell Haus- und Care-Arbeiten – möglichst tief bleiben, widerfährt der Reproduktionsarbeit bis heute eine permanente Abwertung und sie wird unsichtbar gemacht. Das heisst, die Teilung der Arbeit in Reproduktion und Produktion sowie die Aufteilung der übrigen Lebensbereiche in private und öffentliche Sphären trennt Menschen in Männer und Frauen und die daraus abgeleiteten Geschlechterrollen auf. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen historisch verwachsen und stellt die materielle Grundlage der Geschlechterverhältnisse dar. Wandeln sich die Produktionsverhältnisse, nimmt auch die Arbeitsteilung neue Formen an. Was jedoch bleibt, ist die damit einhergehende Diskriminierung und Ausbeutung aufgrund des Geschlechts, sprich aufgrund zugeschriebener gesellschaftlicher Rollen.

Um sein gewaltvolles Herrschaftssystem zu stabilisieren und neue Felder der Überausbeutung zu erschliessen, bringt der Kapitalismus immer neue Spaltungsmomente hervor. Eine kapitalistische Ökonomie, in welcher die Spaltungen nicht entlang der Geschlechterlinie verlaufen, ist rein theoretisch vorstellbar, aber nicht

sonderlich wahrscheinlich: Das Merkmal der geschlechtsspezifischen Diskriminierung liegt gewissermassen im Wesen des historisch gewachsenen Kapitalismus.

Die materielle Grundlage der Frauenunterdrückung und ebenso der Queerfeindlichkeit ist die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, welche nicht nur die Abwertung der Reproduktionsarbeit, sondern auch die Norm der Kleinfamilie hervorbringt. Im Konzept der bürgerlichen Kleinfamilie mit ihren klaren Geschlechterrollen werden die Zweigeschlechtlichkeit und die Heterosexualität zur Norm hochstilisiert. Sowohl Lesben und Schwule als auch trans und inter Personen sowie nicht-klassische Familienstrukturen stellen die «Natürlichkeit» dieser Herrschaftsideologien in Frage und bedrohen so die Geschlechterverhältnisse. Die ideologische Verteidigung der Kleinfamilie seitens der Herrschenden ist darum bisweilen aggressiv.

### Unser Verständnis von Geschlecht

Unsere Gesellschaft ist auf allen ökonomischen, kulturellen und psychologischen Ebenen zweigeschlechtlich geprägt. Jedoch erweisen sich «die Geschlechter» – auch das biologische Geschlecht – als viel komplexer. Biologische und anatomische Aspekte sind in Bezug auf das Geschlecht durchaus zentral. Besonders die Gebärfähigkeit spielt bezüglich der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und damit verbundener patriarchaler Dominanzverhältnisse eine entscheidende Rolle. Wir gehen jedoch davon aus, dass es «ausserhalb» von gesellschaftlichen und historischen Verhältnissen keine «natürliche» Geschlechtlichkeit gibt und dass somit auch keine «ursprüngliche Form» von Sexualität oder Geschlecht existiert. Aus diesem Grund

wenden wir uns dagegen, das biologische Geschlecht zu naturalisieren. Vielmehr wollen wir den Zusammenhang zwischen biologischer Materialität (Gebärfähigkeit), der damit einhergehenden Naturalisierung der «Mutterrolle» und der patriarchalen staatlichen Verfügungsgewalt über den Frauenkörper aufschlüsseln. Geschlecht als Kategorie ist weder rein gesellschaftlich konstruiert, noch in seiner Gesamtheit biologisch vorgegeben. Wir gehen davon aus, dass sich die eigene Geschlechtsidentität aus einer Wechselwirkung von gesellschaftlich zugeschriebenen Merkmalen, kulturellen Normen und dem Subjekt selbst ergibt. Folglich ist sie eine subjektive Erfahrung und im Kontext der konkreten Realität veränderbar und formbar.

Der sozialen Realität von Geschlecht, welche uns durch die ökonomischen und materiellen Verhältnisse aufgedrängt wird, können wir uns nicht auf individueller Ebene entziehen. Deshalb wollen wir jene gesellschaftlichen Verhältnisse verändern, die den Menschen die Zweigeschlechtlichkeit aufdrängen. Kämpfe um die Anerkennung von marginalisierten Geschlechtsidentitäten sowie das Aufbrechen von Normen auf individueller Ebene sind wichtige politisierende Erfahrungen. Die Strategie zur Befreiung von Frauen und genderqueeren Personen kann aber nur eine gesamtgesellschaftliche sein, die mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse einhergeht.

### Antipatriarchale und feministische Praxis

Wir Frauen und genderqueeren Personen der Organisierten Autonomie Zürich verstehen uns als materialistische Feminist:innen und als revolutionäre Linke. Wir kämpfen für eine

Gesellschaft, in der eine vielfältige und selbstbestimmte Gestaltung von Geschlecht möglich ist. Darum wehren wir uns gegen die patriarchale Herrschaft und bekämpfen die damit verbundenen kapitalistischen Verhältnisse in all ihren Erscheinungsformen. Unsere Praxis reicht von Veranstaltungen über Bündnisarbeit und Demonstrationen bis hin zu direkten Aktionen. Wir wollen dabei die Vielfalt und die Verschränkungen von verschiedenen Unterdrückungsmechanismen im Blick behalten. Auch unsere eigenen Realitäten sind nicht eindimensional und lassen sich nicht auf eine einzige Unterdrückungserfahrung (Geschlecht) beschränken oder homogenisieren. Sie bleiben stets mit der Klassenzugehörigkeit verwoben sowie mit weiteren Aspekten wie Hautfarbe, Herkunft, Mutterschaft, Sexualität, physische und psychische Gesundheit. Insofern müssen Ausbeutung und Unterdrückung auch in diesen Verschränkungen analysiert und verstanden werden. Wir halten auch sprachpolitische Sensibilisierung für eine wichtige feministische Errungenschaft, da Begriffe und Kategorien Ausdruck des kollektiven Bewusstseins einer Bewegung sind, welches wir aktiv mitgestalten wollen. Wir sind in verschiedenen feministischen Zusammenhängen und Bündnissen aktiv und richten unseren Fokus darauf, in diesen eine antikapitalistische und klassenkämpferische Ausrichtung zu pflegen sowie die Zusammenarbeit verschiedener Strömungen zu intensivieren.



## 2.2 REVOLUTIONÄRER ANTI-FASCHISMUS

### Formen des Faschismus

Faschismus basiert auf einem sozialdarwinistischen, patriarchalen und rassistischen sowie antisemitischen Menschenbild. Faschistische Kräfte haben ein konterrevolutionäres, antidemokratisches, antiliberales und autoritäres Politikverständnis. Oft ist dieses verbunden mit völkisch-nationalistischen Untergangspropheten und einem daraus abgeleiteten Versprechen nationaler Erneuerung. Der politische Stil von Faschist:innen ist von einer autoritären, charismatischen Führerschaft geprägt. Zudem inszenieren sich faschistische Bewegungen oftmals als patriarchal-soldatischer Männerbund. Dazu gehören nicht selten auch der Aufbau gewalttätiger und mitunter bewaffneter Strukturen.

Gewisse Organisationen treten offen faschistisch auf und zielen unverhohlen auf die Machtübernahme zur Errichtung einer Diktatur ab. Im Schweizer Kontext sind Blood and Honor und seine bewaffnete Struktur Combat 18 Beispiele für solche machthungrige Gruppen. Relativ neu in Erscheinung getreten sind die Junge Tat oder die Résistance Hélvétique. Letztere passen nicht mehr ins «klassische» Bild der Glatzen-Faschos, sondern bedienen sich an Erscheinungsformen der französischen Identitäten oder der Casa Pound Italia. Zu erwähnen ist natürlich auch der National-Sozialistische Untergrund, der in Deutschland über Jahrzehnte hinweg migrantische Personen ermordet hat. Zudem bleiben unzählige Anschläge auf Geschäfte, Imbisse, Shisha-Bars und Unterkünfte unaufgeklärt. Es gibt auch offen faschistisch

auf tretende Parteien, die parlamentarisch aktiv sind. Dazu gehören die mittlerweile aufgelöste Partei National Orientierter Schweizer genauso wie die Goldene Morgenröte in Griechenland oder die Nationaldemokratische Partei Deutschlands.

Die beschriebenen machthungrigen Gruppen vermögen aktuell keine Massen zu organisieren, haben aber durchaus mächtige Freund:innen. Einen grossen Beitrag zur allgemeinen Normalisierung faschistischer und faschistoider Ideologie leisten Parteien wie das Rassemblement National (ehemals Front National) in Frankreich, die Lega Nord in Italien oder die Alternative für Deutschland. In der Schweiz erfüllt die Schweizerische Volkspartei (SVP) diese Funktion. Die SVP ist aufgrund ihrer wirtschaftsliberalen Haltung und breiter Unterstützung verschiedener Schweizer Kapitalfraktionen zur wählerstärksten Partei geworden. Ihre fremdenfeindlichen, nationalistischen, rassistischen und patriarchalen Positionen sind derart deutlich, dass sich auch eine relativ grosse faschistoid denkende Masse in ihr repräsentiert sieht.

Faschistische Gruppen und Organisationen können bisweilen auch auf die Hilfe des Staates zählen. Weil Faschist:innen entgegen ihren Behauptungen keine Revolutionär:innen sind, ist der bürgerliche Staat ihnen nicht grundsätzlich abgeneigt. Das beste Beispiel für faschistische Strukturen innerhalb eines Staates ist das Netzwerk Nordkreuz, in welchem sich deutsche Soldat:innen, Polizist:innen und Behördenmitarbeiter:innen vernetzen. In der Schweiz ist das Netzwerk Uniter vertreten, das ähnlich einzuordnen ist. Es ist davon auszugehen, dass es sowohl hierzulande als auch anderswo weitere

ähnliche Netzwerke gibt. Die Verflechtung von staatlichen und faschistischen Strukturen muss Teil unserer antifaschistischen Analyse sein.

Bisweilen gelingt es faschistoiden Politiker:innen, Regierungen zu übernehmen. Ein Beispiel dafür ist Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei. Seine Herrschaft ist autoritär, religiös-fundamentalistisch, patriarchal, homophob und rassistisch. Die Unterdrückung der Kurd:innen sowie kommunistischer Kräfte inner- und ausserhalb der türkischen Grenzen sind Ausdruck seiner faschistoiden Politik. Teile des Kapitals lieben es, wenn faschistoide Politiker:innen in Regierungen gewählt werden. Als beispielsweise Jair Bolsonaro im Jahr 2019 das Amt des Brasilianischen Präsidenten übernahm, stiegen die Aktienkurse in São Paolo massiv, weil er sowohl gegen Linke als auch gegen Indigene vorgeht und wirtschaftspolitisch die Interessen der Privaten vertritt.

## Faschismus und Kapitalismus

Der Kapitalismus ist ein guter Nährboden für den Faschismus. Viele Aspekte, die wir am Faschismus kritisieren, finden sich auch im kapitalistischen System. Damit sagen wir nicht, dass auf Kapitalismus Faschismus folgen «muss», sondern wir wollen auf den brutalen, menschenverachtenden und teilweise faschistoiden Charakter des Kapitalismus hinweisen, der in bürgerlichen Faschismusdebatten kaum benannt wird. Die individuelle Konkurrenz ist eines der wichtigsten Prinzipien des Kapitalismus. Auf diese Weise wird Reichtum und Armut hergestellt und legitimiert. Der globale Kapitalismus besteht aus Nationalstaaten welche die Menschen mit militärisch geschützten Grenzen und auf viele weitere rassistische

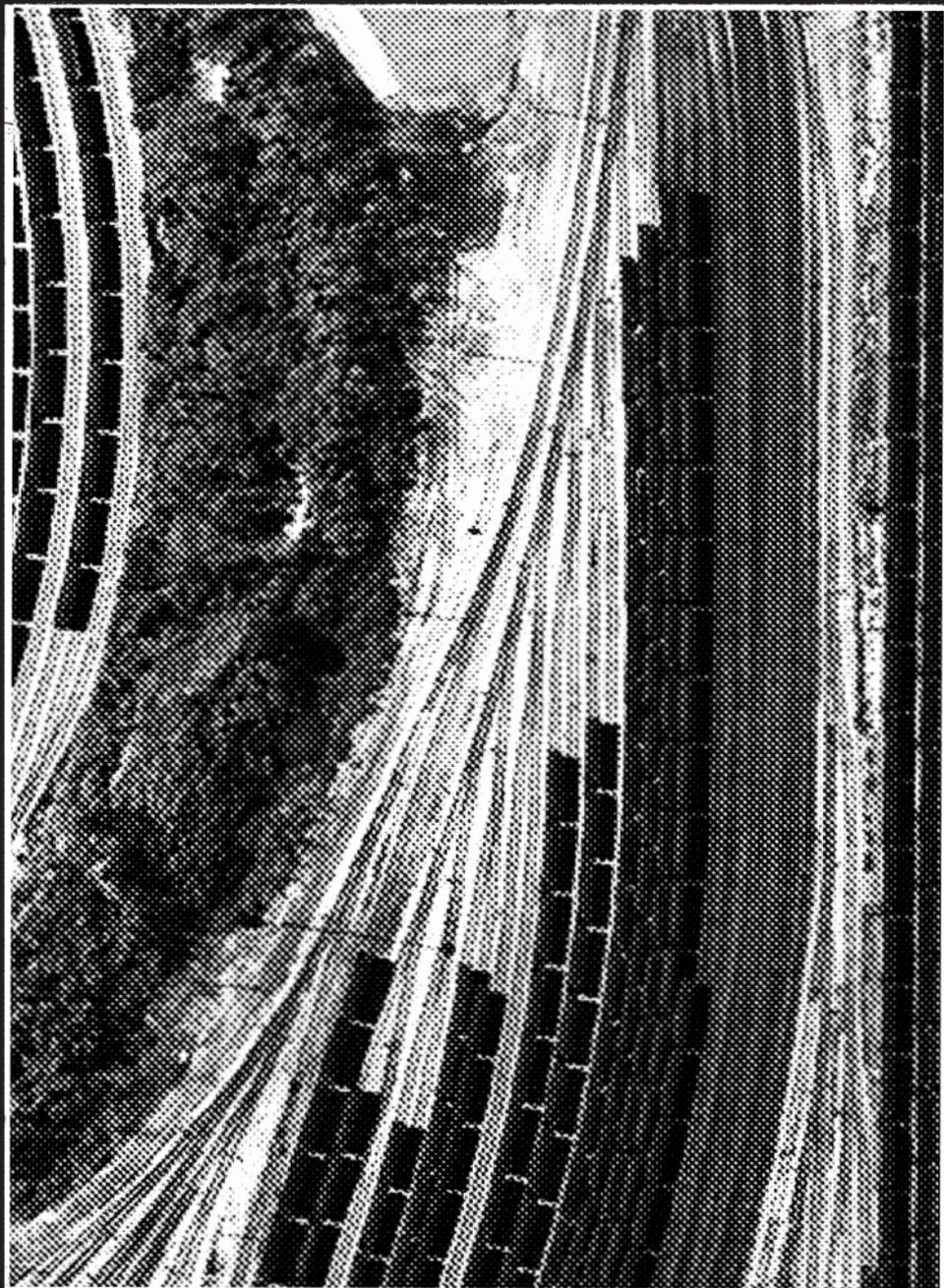
Weisen spalten. Unzählige dieser Nationalstaaten betrieben und betreiben Kolonialismus und führen imperialistische Kriege. Der Kapitalismus ist ausserdem von Krisen geprägt. Die Mittelschichten sind in diesen Krisen vom sozialen Abstieg bedroht. Im Versuch ihren Abstieg zu verhindern, neigen sie dazu, faschistische Parteien zu unterstützen.

Faschismus ist eine konterrevolutionäre und antikommunistische Kraft, die während Krisen von Teilen der Bourgeoisie unterstützt wird. Darum bleibt er eine reale Gefahr, solange wir im Kapitalismus leben. Faschistische Bewegungen stehen der Arbeiter:innenbewegung feindlich gegenüber. Für einen Teil der Kapitalist:innen und der traditionellen Eliten stellen sie deshalb während Krisen der bürgerlichen Demokratie eine Option dar, um die Gefahr einer sozialen Revolution zu bannen. Oft sind faschistische Kräfte gerade in Krisenzeiten erfolgreich, weil sie eine Erneuerung (mit reaktionärem Programm) versprechen.

## Einige Aspekte antifaschistischer Praxis

Der Faschismus verspricht eine «Erneuerung», ist aber politisch ausgesprochen rückschrittlich. Viele faschistische Bewegungen geben sich in ihrem Auftreten und in ihrer Propaganda «revolutionär». Wir müssen die angeblich revolutionären Formen der Faschist:innen entlarven, welche teils schicker und weniger rüpelhaft daherkommen als noch vor einigen Jahrzehnten.

Revolutionärer Antifaschismus ist antikapitalistisch und klassenkämpferisch. Wir bekämpfen den Faschismus also einerseits, indem wir als Teil der Klasse gegen die kapitalistische Ausbeutung kämpfen. Andererseits macht der re-



volutionäre Antifaschismus den faschistischen Gruppen das Leben konkret und auf vielfältige Weise schwer. Es gibt verschiedene Betätigungsfelder innerhalb der antifaschistischen Bewegung: Die Faschos im Auge behalten, ihre Verbindung untereinander und mit dem Staat aufzeigen, ihre Inhalte auseinandernehmen und sie auf der Strasse bekämpfen. Zudem ist es wichtig, auch die faschistoiden Bestrebungen grosser rechter Parteien zu denunzieren. Die antifaschistische Bewegung ist seit jeher internationalistisch und unterstützt den Kampf gegen den Faschismus in anderen Ländern.

Wir wollen antifaschistische und antipatriarchale Politik sowohl inhaltlich als auch praktisch miteinander verbinden. Wir legen ein Augenmerk darauf, das patriarchale Weltbild der Faschist:innen zu erfassen und zu thematisieren. In der Praxis ist Antifa-Arbeit dann erfolgreich, wenn sie den Faschist:innen auch in offensiver Handarbeit Kontra geben kann. Dennoch soll die Antifa einen klaren Gegenentwurf zum reaktionären Mackertum bilden und sowohl strukturell als auch bezüglich ihrer Auswirkung keinen Männerbund darstellen. Es gibt in der antifaschistischen Bewegung immer wieder Tendenzen, das Bild von gestählten Strassenkämpfer:innen zu idealisieren und diejenigen Arbeiten im Strassenkampf abzuwerten, welche nicht ganz so sichtbar oder nicht explizit militant sind. In der Organisierten Autonomie Zürich setzen wir uns darum mit verschiedenen Formen der antifaschistischen Gegenwehr auseinander, an denen sich alle mit ihren Fähigkeiten, unabhängig von Geschlechterstereotypen beteiligen können und in denen keine Aufgaben auf- oder abgewertet werden.

## 2.3 PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS

Proletarier:innen haben kein Vaterland

Während der rund zweihundert Jahre seiner Existenz waren für den Kapitalismus die Nation und der Nationalstaat stets wichtige Herrschaftsinstrumente. Die Herrschenden ziehen territoriale Grenzen und vertiefen durch die Ideologie des Nationalismus die Spaltungen innerhalb der globalen Weltarbeiter:innenklasse. Nicht nur die Ausprägung von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern auch die Intensität proletarischer und emanzipatorischer Kämpfe variieren global stark. Für uns ist es daher zentral, den Blick über regionale Grenzen hinaus zu richten, von anderen revolutionären Bewegungen zu lernen und einen proletarischen Internationalismus zu pflegen.

Nationale Befreiungsbewegungen ohne revolutionäre und emanzipatorische Perspektive sind nicht per se progressiv. Unser Internationalismus stellt sich jedem Chauvinismus entgegen, auch wenn er antiimperialistisch daherkommt. Zentral ist für uns also der emanzipatorische Kampf und nicht der territoriale Bezug. Das heisst nicht, dass wir uns nicht für Befreiungsbewegungen mit «bloss» regionaler Strahlkraft interessieren. Die revolutionären Bewegungen in Kurdistan oder in Chiapas kämpfen kurz- und mittelfristig für regionale Autonomie und konkrete Verbesserungen. Sie tun dies mit einer internationalistischen und revolutionären Perspektive, weshalb wir versuchen, von diesen Bewegungen zu lernen und sie solidarisch zu unterstützen. Ein revolutionärer Kampf ist immer auch mit Entwicklungsprozessen ver-

bunden. Daher können wir emanzipatorische Kämpfe nicht abschliessend charakterisieren und einordnen. Vielmehr unterstützen wir internationale revolutionäre, antikapitalistische Kämpfe unter dem Primat der Praxis und der kritischen Solidarität.

## Solidarität statt Almosen

Der Kolonialismus und die damit verbundene brutale und tödliche Ausbeutung verhalten dem Kapitalismus überhaupt erst zum Durchbruch. Die schwache ökonomische und politische Situation, in der sich gewisse Länder befinden, ist aber nicht nur Spätfolge des Kolonialismus. Die Dominanz der kapitalistischen Zentren geht mit der andauernden politischen und ökonomischen Abhängigkeit vieler Länder des globalen Südens einher. Das riesige Ungleichgewicht innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft wird mit Absicht aufrechterhalten.

Die Geschichte der revolutionären internationalen Solidarität reicht bis in die Anfänge der Arbeiter:innenbewegung zurück. So schrieben Marx und Engels bereits 1848, dass «die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfasst». Auch die Befreiungskämpfe der 1970er Jahre in Asien, Afrika und Lateinamerika führten zu einer neuen Qualität der internationalen Solidarität. So entfachten diese antiimperialistischen Kämpfe weltweit einen neuen Zyklus revolutionärer Kämpfe. Speziell in Westeuropa wurden linke Forderungen laut, die zuvor lange undenkbar waren. Im deutschsprachigen Raum wurde beispielsweise mit der Parole «Waffen für El Salvador» offen die militärische Unterstützung einer revolutionären Bewegung

propagiert. Aktuelle Entwicklungen, beispielsweise jene in Kurdistan, zeigen zudem auf, dass revolutionäre Projekte gegen imperialistische Aggressionen verteidigt werden müssen.

Wir wenden uns gegen den Paternalismus, welcher der Geberhaltung postkolonialer «Entwicklungshilfe» zugrunde liegt. Auch der romantisierenden Verklärung und der Projektion revolutionärer Sehnsucht auf andere Teile der Welt stehen wir kritisch gegenüber. Unser Internationalismus soll sich durch Gegenseitigkeit auszeichnen. Wir unterstützen Initiativen und Bewegungen, die sich dem Ziel verschreiben den Kapitalismus, das Patriarchat, den Rassismus, die Nationalstaaten und andere Herrschaftsformen zu überwinden. Um die Weltarbeiter:innenklasse gegenüber dem Kapital zu stärken, braucht es eine transnationale Vernetzung und ein internationalistisches Klassenbewusstsein. Dass von unserer Seite her die materielle Unterstützung teilweise im Vordergrund steht, ist angesichts der global ungleich verteilten Ressourcen klar. So vollzieht sich die gegenseitige Bezugnahme oft nicht auf gleicher Ebene und trotzdem besteht durch den gemeinsamen Kampf für eine befreite Gesellschaft eine Verbindung der Solidarität.

## 2.4 MATERIALISTISCHER ANTIRASSISMUS

### Rassismus und Kapitalismus

Rassismus weist Dynamiken und Logiken auf, die sich nicht alleine aus der kapitalistischen Ökonomie erklären lassen. Zudem gab es ihn erwiesenermassen schon vor dem Kapitalismus. Aber in seinen jetzigen Ausprägungen können wir Rassismus nur verstehen, wenn wir seine Rolle in der Klassenherrschaft betrachten. Die kapitalistische Gesellschaft braucht Rassismus, er erfüllt zentrale Funktionen in ihr. Rassismus ist ein Herrschaftssystem das Hierarchien reproduziert, die für den Kapitalismus unerlässlich sind. Rassismus ist also eng mit kapitalistischer Ausbeutung verbunden. Das heisst nicht, dass Rassismus mit der Abschaffung des Kapitalismus automatisch verschwindet, aber es heisst, dass Rassismus innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht verschwinden kann.

Rassismus stützt und legitimiert Kolonialismus und Neokolonialismus, alte und neue Sklaverei, Repression, das Migrationsregime, imperialistische Kriege, Überausbeutung, die Aushebelung von Arbeitsrechten. Proletarier:innen werden mit rassistischen Zuordnungen markiert, was ihre soziale Position festschreibt. Die rassistische Hierarchisierung der Gesellschaft sichert Teilen der Arbeiter:innenklasse gewisse Privilegien zu, welche diese dann im Verbund mit rechten Verbänden verteidigen. So spielt Rassismus verschiedene Personengruppen innerhalb der Weltarbeiter:innenklasse gegeneinander aus und sabotiert die Klassensolidarität. Rassismus

spielt auch eine Schlüsselrolle in der Ideologie der nationalen Gemeinschaft, die dem Kapitalismus wertvolle Dienste leistet: Wann immer die nationale Einheit beschworen wird, wie das in Kriegs- und Krisensituationen zuverlässig geschieht, gehört dazu die rassistische Abwertung der «Anderen», seien diese innerhalb oder ausserhalb der Staatsgrenzen. Den bürgerlichen Staat begreifen wir als eine unvermeidlich rassistische Institution, darum ist auch bei antirassistischen Kämpfen eine klare Bruchposition zum Staat wichtig.

Rassistische Machtsysteme und Denkmuster sind historisch wandelbar: Rassismus ist keine überhistorische Neigung weisser Menschen, sondern erfüllt hierarchisierende Funktionen in spezifischen sozialen Anordnungen. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass in der Geschichte unterschiedliche Menschengruppen rassifiziert wurden. Wir müssen die verschiedenen Formen von Rassismus also immer aus der jeweiligen geschichtlichen Lage und aus den Klassenverhältnissen heraus begreifen. Wenn wir Rassismus materialistisch analysieren, sehen wir, dass er mehr ist als bloss ein falsches Bewusstsein, nämlich ein institutionell und ökonomisch verankertes Herrschaftsverhältnis. Eine wirksame antirassistische Strategie beschränkt sich somit nicht auf Aufklärungsarbeit, sondern fällt zusammen mit dem Kampf für eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft.

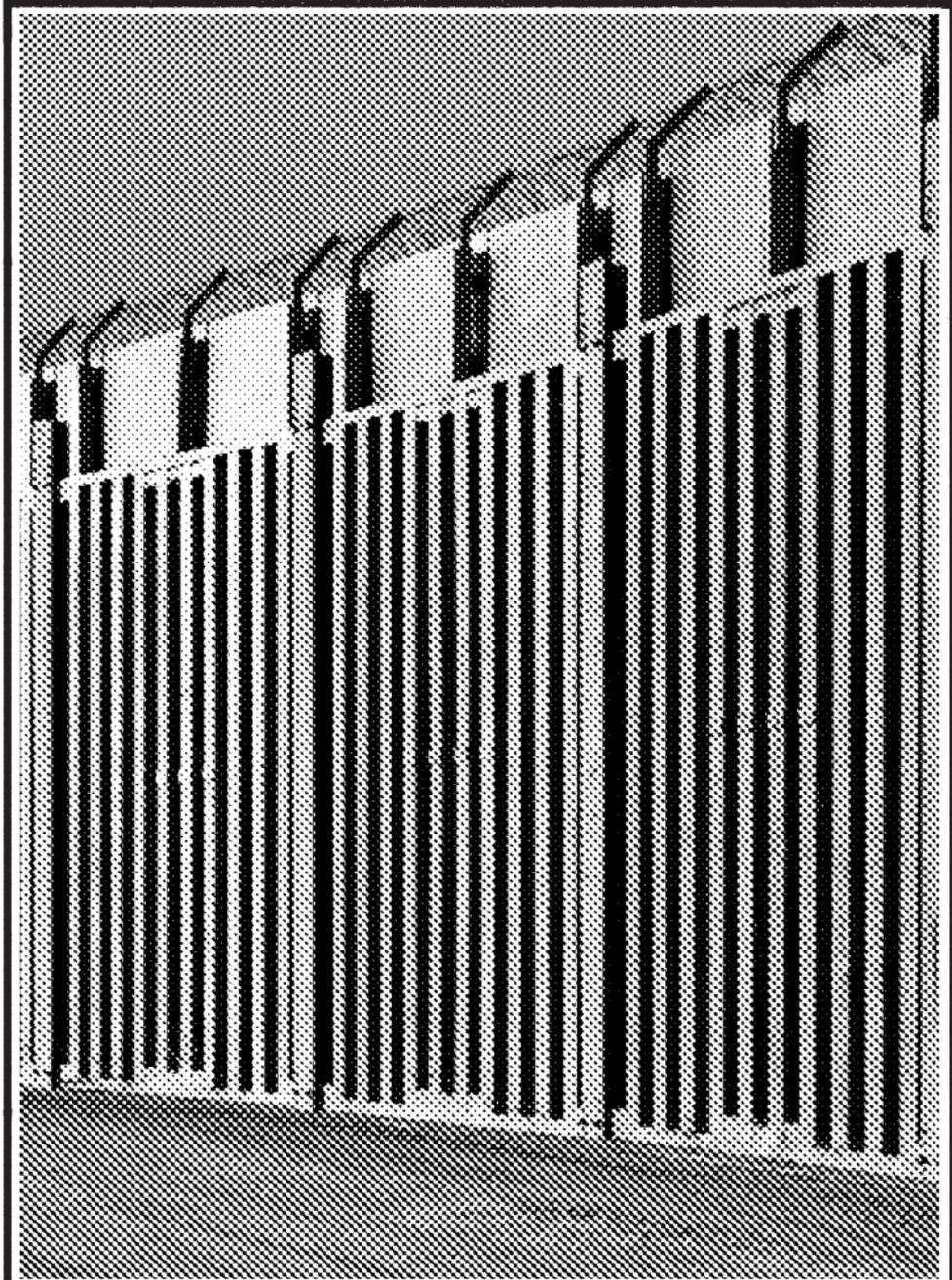
Da Rassismus eines der wichtigsten Machtinstrumente der Klassenherrschaft ist, nimmt der Antirassismus eine zentrale Funktion im Klassenkampf ein. Antirassismus ist nicht nur moralisch richtig, sondern er hat revolutionäre Sprengkraft und ist unverzichtbar. Vieles,

was auf den ersten Blick als rein symbolische «Identitätspolitik» erscheinen mag, zeigt sich bei näherem Hinsehen als Element des Klassenkampfes: Die Klasse wehrt sich gegen rassistische Unterdrückung. Dazu gehören selbstverständlich auch Kämpfe um Sprache, Repräsentation und Anerkennung. Gleichzeitig halten wir bei antirassistischer Politik eine Klassenposition für zielführend, weil sie dem Antirassismus eine politische Spitze und Schlagkraft gibt. Die Klassenposition verhindert, dass Antirassismus in einer frustrierenden Moralpolitik steckenbleibt oder sich in liberalen Diversity-Programmen verflüchtigt. Aus diesem Grund bemühen wir uns, in antirassistischen Projekten eine klassenkämpferische Perspektive anzuregen.

### Alltagsrassismus, Selbstreflexion und der gemeinsame Kampf

Eine Methode antirassistischer Praxis ist die individuelle Reflexion, die Nennung vielfältiger Privilegien von Weissen (white privilege) und die Auseinandersetzung mit weissen Verhaltensmustern, die Kritik abwehren und damit den Alltagsrassismus erhalten (white fragility, gaslighting). Da auf diese Weise der Rassismus eher beschrieben, als dass seine Funktion in der kapitalistischen Unterdrückungs- und Verwertungslogik erklärt wird, sind sie nicht in jeder Hinsicht ergiebig. Dennoch liefern uns diese Methoden wertvolle Werkzeuge, um Rassismus in unserem Alltag und in unserem Denken zu erkennen und zu bekämpfen. Dies ist auch eine wichtige Voraussetzung dafür, dass von Rassismus betroffene und nichtbetroffene Menschen einen gemeinsamen Kampf führen können.

Der antirassistische Kampf geht uns alle an. Er ist eine gemeinsame Sache aller proletarischen und emanzipatorischen Kräfte. Nur im gemeinsamen Kampf kann Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis aufgehoben werden. Dennoch macht es einen wichtigen Unterschied, ob Kämpfende selbst von Rassismus betroffen sind oder nicht. In der Geschichte der antirassistischen Befreiung hat die Selbstorganisation rassifizierter Menschen immer wieder eine Schlüsselrolle eingenommen und wird dies auch in Zukunft tun. Wo Betroffene und Nichtbetroffene gemeinsam kämpfen, haben die Nichtbetroffenen die Verantwortung, sich zum Thema Rassismus zu schulen und ihren Mitmenschen gegen den Alltagsrassismus zur Seite zu stehen.



## 2.5 MIGRATION UND DIE WELTARBEITER:INNENKLASSE

### Migrationsgründe: Kapitalismus und Imperialismus

Die Folgen des Neokolonialismus, der imperialistischen Kriege und des Neoliberalismus als jüngste kapitalistische Expansionsphase sind fatal. Die globale Arbeitsteilung führt zu schlechten Arbeitsbedingungen für die Proletarisierten in vielen Ländern der kapitalistischen Peripherie. Gleichzeitig forciert die Rüstungslobby Waffenexporte und befördert damit kriegerische Auseinandersetzungen, die unzählige Menschen zur Flucht zwingen. Zudem machen reaktionäre Bewegungen, ökologische Katastrophen sowie sexistische und homophobe Diskriminierung grossen Teilen der Weltbevölkerung das Leben schwer. Vielerorts erscheint der Kampf um eine Verbesserung der Lebensbedingungen aussichtslos. Darum entscheiden sich viele Menschen dazu, ihren Aufenthaltsort zu wechseln. Ziele der Migration sind regionale Metropolen und benachbarte Länder. Ein Teil der Migrant:innen gelangt bis in die kapitalistischen Zentren. Noch nie in der Geschichte der Menschheit waren so viele Menschen davon abhängig, Lohnarbeit zu leisten. Ein wesentlicher Anteil derjenigen Menschen, die weltweit als Migrant:innen in den Statistiken geführt werden, sind Arbeiter:innen, die an ihrem Wohnort nicht beschäftigt werden können. Wanderarbeiter:innen bewegen sich dorthin, wo das Kapital investiert und es Arbeitsplätze gibt, teilweise auch ohne Aufenthaltserlaubnis.

### Das Migrationsmanagement als Ausbeutungsstrategie

Wer vor Krieg und Verfolgung nach Europa flieht, muss sich in einen aufreibenden Asylprozess begeben. Für aussereuropäische Arbeiter:innen sieht das europäische Migrationsregime kaum legale Einreisemöglichkeiten vor. Gleichzeitig hat das europäische Kapital ein beträchtliches Interesse an billigen Arbeitskräften. Die verschiedenen kapitalistischen Fraktionen sind sich jedoch in migrationspolitischen Fragen nicht einig. Während in der Schweiz beispielsweise der Wirtschaftsverband Economiesuisse gegen die «Ausschaffungsinitiative» war, setzten sich einzelne Unternehmen für diese rassistische Verfassungsänderung ein. Während sich die einen Kapitalist:innen für rassistische und nationalistische Bewegungen stark machen, gibt es im informellen Sektor eine grosse Nachfrage nach migrantischen Arbeitskräften. Das auf den ersten Blick widersprüchliche Migrationsmanagement dient dazu, die Ausbeutungsstrategien des Kapitals auszutarieren. So lässt sich auch beobachten, dass sich das Migrationsmanagement westeuropäischer Nationalstaaten über die Jahre verändert. Organisierten die verschiedenen europäischen Staaten bis vor einigen Jahrzehnten die Einwanderung mittels eigens ausgehandelter Gastarbeiter:innenverträge, ist die Migrationspolitik seit den 1980er Jahren auf europäischer Ebene angeglichen worden und agiert immer repressiver. Das europäische Migrationsmanagement versucht, die Mobilität der Proletarier:innen zugunsten der Bedürfnisse der Ökonomie zu regulieren: Die verschiedenen Institutionen der Kontrolle wollen Migrationsbewegungen kanalisieren, blockieren, auftrennen

und die migrantischen Netzwerke verstehen. Ihre Massnahmen sind selten von langer Hand geplant, da sie immer auf die Praktiken der Migration reagieren müssen. Ein Instrument der Regulation migrantischer Arbeitskräfte ist die abgestufte Entrechtung durch Pässe, Visa und Grenzkontrollen.

### Die Weltarbeiter:innenklasse stärken

Die europäische Migrationspolitik will verhindern, dass die vom globalen Norden in hohem Masse mitverursachten Kriege und sozialen Krisen den Lebensstandard in den kapitalistischen Zentren beeinflussen. Der Standortnationalismus wird auch von Parteien der parlamentarischen Linken mitgetragen, während rechte Verbände explizit gegen Migrant:innen hetzen. In Abwesenheit einer schlagkräftigen Arbeiter:innenbewegung und angesichts von Sozialabbau und wachsender Prekarität gelingt es dem Kapital, die Migrationsbewegungen zu einem Konflikt zwischen verschiedenen Fraktionen der Weltarbeiter:innenklasse werden zu lassen.

Arbeiter:innen, die im globalen Süden geboren wurden, wird das Recht auf Bewegungsfreiheit verwehrt. Wenn sie ihren Aufenthaltsort nicht frei wählen können, ist es schwierig für sie, angemessenen Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung zu leisten. Es liegt im Interesse des globalen Proletariats, die durch nichts zu rechtfertigende Ungleichbehandlung bezüglich der Bewegungsfreiheit vollständig abzuschaffen. Die Solidarität mit Menschen, die aufgrund der Folgen des globalen Kapitalismus an einen anderen Ort migrieren, hat eine lange revolutionäre Tradition, die wir weiterführen. Zusätzlich dazu sehen wir im Kampf für selbst-

bestimmte proletarische Mobilität auch eine strategische Komponente. Damit meinen wir nicht, dass der Kampf um globale Bewegungsfreiheit auf direktem Weg in eine befreite Gesellschaft führt, aber je selbstbestimmter Arbeiter:innen entscheiden können, wo auf der Welt sie sich aufhalten, desto besser werden die Kampfbedingungen der Weltarbeiter:innenklasse. Eine stärkere Verhandlungsposition der Arbeiter:innen gegenüber dem Kapital ermöglicht neue Formen des Klassenkampfes eines transnational vernetzten und internationalistischen Proletariats.

Als autonome Kommunist:innen versuchen wir, selbstorganisierte Kämpfe von Migrant:innen mitzutragen. Menschen haben auch unter widrigen Umständen eigene Beweggründe, Pläne und Strategien. Wir richten unseren Fokus auf die Handlungsmacht und auf die individuellen und kollektiven Kämpfe von Migrant:innen. In Anlehnung an das Konzept der Autonomie der Migration grenzen wir uns von objektivierenden Perspektiven auf die Migration ab. Wir stellen uns an die Seite derjenigen Menschen, die vor Krieg und schlechten Lebensbedingungen fliehen, die sich in Bewegung setzen, sich globalen Reichtum wiederaneignen und das kapitalistische Migrationsmanagement unterlaufen.

Die Institutionen der Migrationskontrolle setzen ihre Interessen auf brutale und tödliche Weise durch, sie sind die unmittelbaren Gegner:innen im Ringen um selbstbestimmte proletarische Mobilität. Moralische Appelle für eine «humane» oder «faire» Migrationspolitik nützen nichts. Darum treten wir nicht als Bittsteller:innen an die Regierungen heran. Wir unterstützen Projekte, die entlang verschiedener Migrationsrouten Support leisten

oder materielle Direkthilfe organisieren. Auch in den Zielländern der Migration gibt es Genoss:innen, die Menschen ohne gültige Papiere beherbergen oder mit Geflüchteten zusammen Häuser besetzen. Als Organisierte Autonomie Zürich beteiligen wir uns an Kampagnen gegen die mörderische Migrationspolitik und suchen die Zusammenarbeit mit Organisationen migrantischer Genoss:innen. Wir setzen auf Selbstorganisation, Kollektivität und vielfältige Formen des Widerstandes, um Wege zu finden, das Migrationsmanagement des Kapitals zu destabilisieren.

Fortsetzung folgt.



Mastodon @oazh@todon.eu

Twitter @OA\_Zuerich

Insta @organisierte\_autonomie\_zh



